Bezugspreis für Oktober durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr 2448, 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hügen, Berlin SW 48, Verl. Hedemannstraße 25, Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger
und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen, Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Dienstag, den 11. Oktober 1927 **76. Jahrgang. Nr. 1033**

Nach Genf und Tannenberg.

Eine Auslassung des „Petit Parisien".

tu **Paris,** 10. Okt. **(Tel.)** „Petit Parisien" veröffentlicht einen längeren Aufsatz mit der Überschrift „Nach Genf und Tannenberg" aus der Feder einer gegenwärtig in Berlin weilenden französischen Persönlichkeit. In diesem Aufsatz wird unter anderem darzulegen versucht, daß man nach der Genfer Rede Stresemanns, der Tannenbergfeier und den Kundgebungen anläßlich des 80. Geburtstages Hindenburgs, nicht wisse, ob Deutschland eine Politik betreibe, und wenn ja, ob diese Politik eine Politik des Krieges oder des Friedens sei. Der deutsch-französische Frieden werde wohl unablässig Erschütterungen ausgesetzt bleiben. Von Hindenburg könne man keine andere Sprache verlangen als die, die er geredet habe. In der Kriegsschuldfrage herrsche eine sonderbare Verwirrung der meisten Deutschen bezüglich des Versailler Vertrages. Dieser mache Deutschland zivilrechtlich verantwortlich für die durch den Krieg verursachten Schäden. Der Vertrag beabsichtige jedoch nicht, Deutschland dafür verantwortlich zu machen, Europa bewußt in einen Abgrund des Blutes gestürzt zu haben. Er stelle nur die Verwüstungen fest, für die Deutschland Reparationen leisten müßte. Die intellektuelle Verantwortlichkeit Deutschlands dafür, die österreichischen Forderungen im serbischen Konflikt unterstützt zu haben, rechtfertige zur Genüge die Reparationsforderungen. Man dürfe, meint der Artikelschreiber weiter, den Charakter der Hindenburgfeier vom 2. Oktober nicht übertreiben. Wilhelm II. könne so viel Telegramme senden, wie er wolle, er bleibe in Deutschland in Mißkredit. Die Menge, die Hindenburg zugejubelt habe, sei nicht monarchistisch. Aus Verehrung für Hindenburg habe ein großer Teil der Republikaner sich daran beteiligt. Zwischen Zentrum und Sozialdemokratie herrsche große Mißstimmung, die sogar zu einer Reichstagsauflösung führen könnte. Diese würde den Anhängern der Locarnopolitik gestatten, an das Land zu appellieren. Der Ausgang dieses Appells sei nicht zweifelhaft. Die große Mehrheit des deutschen Volkes billige die internationalen Abmachungen nicht aus doktrinärem oder sentimentalem Pazifismus, sondern aus der elementaren Notwendigkeit heraus zu leben und vorwärts zu kommen. Darum sei das deutsche Problem auch nicht unlösbar. Die Lage würde erst klar sein, wenn Frankreich einem neuen Deutschland gegenüberstünde, einem Deutschland, das mit seiner Vergangenheit gebrochen hätte, einem Deutschland, wie es Professor Förster erträume. Die bestehende Gefahr könne aber nicht dadurch gebannt werden, daß Frankreich sich hinter Verdächtigungen verschanze. Die Gefahr sei nur zu beschwören, wenn man von gegenseitiger Arbeit, von Güteraustausch und Gemeinsamkeit der Interessen spreche.

Zur Besatzungsverminderung.

w **Berlin,** 10. Okt. Privatmeldung. In den letzten Tagen hat in der Presse ein angebliches Schriftstück eine erhebliche Rolle gespielt, in dem General Guillaumat der Rheinlandkommission Mitteilungen über die Truppenverminderung gemacht haben soll, die darauf hinauslaufen, daß die Verminderung sich statt auf die zugesagten 10 000 Mann nur auf 6 000 Mann erstreckt. Wie wir hierzu erfahren, ist in Regierungskreisen bisher nur eine Mitteilung bekannt geworden, die General Guillaumat einem Oberregierungsrat der Reichsvermögensverwaltung in Koblenz gemacht hat. Dieses Schriftstück kann aber keineswegs als Beweis dafür gelten, daß die Verminderung nur 6 000 Mann beträgt. In Regierungskreisen ist man der Auffassung, daß nur eine Mitteilung der französischen Regierung oder der, in der Botschafterkonferenz vereinigten Mächte maßgebend sein könnte. Eine solche Mitteilung wird erwartet. Ob die französischen Militärs entgegen den Zusicherungen die Deutschland gegeben worden sind, in der Zahl der Verminderung Schwierigkeiten zu machen suchen, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen. Man muß zunächst die authentische Mitteilung der französischen Regierung abwarten.

Idstein wird geräumt.

tu **Frankfurt a. M.,** 10. Okt. **(Tel.)** Heute vormittag hat ein 600 Mann starkes englisches Infanteriebataillon den Taunusort Idstein verlassen. Sobald die Engländer aus Idstein abgerückt sind, dürfte auch die Wohnungsnot behoben und das bekannte Bahnhofshotel, das gegenwärtig als Offizierskasino beschlagnahmt ist, wieder frei sein.

Der Reichstag zum 18. Oktober einberufen.

Zusammentritt des Landtages am 11. Oktober.

S **Berlin,** 10. Okt. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)** Reichstagspräsident Loebe hat den Reichstag auf Dienstag, den 18. Oktober einberufen. Die Dispositionen der Reichsregierung sind noch nicht völlig abgeschlossen, doch wird angenommen, daß zu dem Zeitpunkt genügend Beratungsstoff vorliegt. Der Ältestenrat tritt vorher nicht mehr zusammen. Im Reichstag hat heute der 4. Unterausschuß des Untersuchungsausschusses seine Arbeiten aufgenommen. Zum 15. Oktober ist das Wahlprüfungsgericht einberufen.

Im preußischen Landtage, der morgen seine Vollsitzung wieder aufnimmt, ist der Hauptausschuß und der Ausschuß für Unterrichtswesen heute zusammengetreten. Am Dienstag vormittag vor Beginn der Plenarsitzung tritt der Ältestenrat zusammen, ferner tagt der Ausschuß für das Rechtswesen. Am Mittwoch folgt der Ausschuß für Bevölkerungspolitik und am Donnerstag der Ausschuß für Handel, Gewerbe und Landwirtschaft und der Geschäftsordnungsausschuß

Hauptausschuß des preußischen Landtages.

vdz. **Berlin,** 10. Okt. **(Tel.)** Der Hauptausschuß des preußischen Landtages verhandelte über ein schriftliches Ersuchen des preußischen Finanzministers um Zustimmung des Landtages zur Veräußerung von Beteiligungen des Staates an Privatbahnen. Diese Zustimmung ist gesetzlich vorgeschrieben. Ministerialdirigent Große erklärte, mit dem Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich seien die für den Erwerb der Beteiligungen maßgebenden Voraussetzungen hinfällig geworden. Die Beteiligungen sollen nach Möglichkeit den interessierten kommunalen Körperschaften überlassen werden, nachdem das Reich die Übernahme mit einer Ausnahme abgelehnt habe. Im Verlauf einer lebhaften Debatte beantragte der Berichterstatter Abg. Dr. Schmedding die Vorlage mit der Maßgabe zu genehmigen, daß der Verkauf nur an öffentlich-rechtliche Verbände erfolgen dürfte. Ministerialdirektor Schulze erklärte, daß sich zwischen der Kleinbahnpolitik des Staates durch die beabsichtigten Verkäufe nichts ändern werde. Gegen die Regierung wurde der Antrag des Berichterstatters angenommen, die Vorlage selbst aber abgelehnt, weil Kommunisten, Sozialdemokraten und ein deutschnationales Ausschußmitglied dagegen stimmten.

Unterrichtsausschuß des preußischen Landtages.

vdz **Berlin,** 10. Okt. **(Tel.)** Im Unterrichtsausschuß des preußischen Landtages wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen, durch eine Aenderung des Volksschulunterhaltungsgesetzes den Schulverbänden die Aufrechterhaltung der in den ländlichen Schulgemeinden durch Schulkinderrückgang entstehenden Lehrstellen zu ermöglichen. Ferner soll nach einem weiteren angenommenen Antrag eine größere Entlassung der leistungsfähigen Schulverbänden herbeigeführt und gemäß einem kommunistischen Antrag dem Staatsministerium zur Erwägung anheim gegeben werden, wie die in der Reichsverfassung gewährleistete Lernmittelfreiheit für die Volksschule durchgeführt werden könne.

Reichskanzler Dr. Marx in Koblenz.

Festsitzung der Stadtverordneten.

-r- **Koblenz,** 10. Okt. Anläßlich der Anwesenheit des Reichskanzlers in Koblenz hielten die Stadtverordneten eine Festsitzung ab, in der Oberbürgermeister Dr. Russell den Reichskanzler auf das herzlichste begrüßte und die Nöte der Stadt Koblenz vortrug. Nach einem Hinweis auf die selbstverständliche Opferfreudigkeit, mit der die Stadt Koblenz in den zurückliegenden schweren Jahren zum deutschen Vaterland gestanden habe und die auch für die kommenden Zeiten die vollkommene Sicherheit für die Treue zum deutschen Vaterland bildet, kam der Oberbürgermeister auf die beiden schweren Sorgen, die Besatzung und die traurige Wirtschaftslage, zu sprechen, die die Stadt Koblenz heute drücken. „Lauter denn je fordern wir", so führte Dr. Russell aus, „einen freien deutschen Rhein. Auch wir sind für ein freundschaftlich nachbarliches Verhältnis zu den Westmächten, aber die Besatzung empfinden wir als eine Unehre und ein Unrecht. Man kann von uns nicht ein freundschaftliches Verhältnis verlangen zu denen, die diese Besatzung ausführen. In der Forderung nach baldiger Befreiung ist die ganze Bevölkerung in allen Schichten sich einig. Wir vertrauen Ihrer Umsicht und Tatkraft, Herr Reichskanzler, daß Sie auf dem beschrittenen Wege der Verständigung mit den Westmächten und der Befreiung der Rheinlande nicht ermüden. Wir Bürger der sowohl durch ein Besatzungsheer wie auch durch den Sitz der Interalliierten Rheinlandkommission besonders bedrückten Stadt Koblenz erklären feierlich, daß wir nur dann befreit werden wollen, wenn nicht neue Besatzungslasten dem bisher freien Deutschland dafür aufgezwungen werden."

In seiner Erwiderung gab Reichskanzler Dr Marx seinem tiefen Bedauern darüber Ausdruck, daß gerade die in der Vorkriegszeit so blühenden Städte durch die Besatzung zu leiden haben. Er wandte sich dann gegen gewisse beunruhigende Nachrichten der Presse, die in den letzten Tagen erschienen seien und betonte, daß die Abmachungen, die Dr. Stresemann in Genf getroffen habe, unverändert beständen und bestehen blieben. Die Besatzungsverminderung um 10 000 Mann werde durchgeführt. Der Reichsregierung wie auch besonders dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete sei es eine schwere Sorge und unbedingte Pflicht, der Bevölkerung des besetzten Gebietes in allen Lagen beizuspringen. Aber der Friedensvertrag lähme diese Bemühungen. Nur bei Fortsetzung der Politik der Verständigung könne weiteres erreicht werden. Man müsse an das Gewissen der Welt appellieren, die nunmehr nach den langen Kriegsjahren für eine neue Periode des wahren Weltfriedens zu sorgen habe. Dazu gehöre vor allem auch, daß die Befreiung des Rheinlandes von der Besatzung vollständig durchgeführt werde. Zum Schluß dankte der Kanzler besonders der Bevölkerung des besetzten Gebietes für die unentwegte Treue in der schweren Zeit. Diese Treue sei die einzige Hilfe für die Regierung gewesen, und sie habe das Vertrauen, daß das besetzte Gebiet auch mit den Nöten der kommenden Zeit fertig werde.

Auf einem vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu Ehren des Reichskanzlers gegebene Frühstück, zu dem die Spitzen der Behörden, Parlamentarier, Vertreter der Geistlichkeit, des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete, der Gewerkschaften usw. geladen waren, feierte der Oberpräsident Dr. Fuchs den Reichskanzler als den erfolgreichen Sachwalter des rheinischen Schicksals. Das besetzte Gebiet setze in die Reichsregierung und insbesondere auch in die Person des Reichskanzlers das Vertrauen, daß die Forderung auf Zurückziehung der Besatzung wie bisher so auch in Zukunft betrieben werde. Im Vertrauen auf Regierung und Volksvertretung werde das rheinische Volk ausharren, bis die Stunde der Befreiung schlage und unbeirrt vom Wandel der Ereignisse wie in schwerer Zeit so auch in Zukunft treu zum deutschen Volke und zum Vaterlande stehen.

Reichskanzler Dr. Marx erwiderte mit einer längeren Ansprache, in der er u. a. ausführte: Der Entschluß, zum Reichskanzleramt auch das Ministerium für die besetzten Gebiete zu übernehmen, wurde mir erleichtert, daß mich als Rheinländer, als Politiker und als Parlamentarier seit langem so vieles mit dem rheinischen Gebiet verband. Aus den Worten des Herrn Oberpräsidenten erklang, was uns alle bewegt, die große seelische und materielle Not, die die Besetzung für diesen schönen Gau am Rhein bedeutet. Bald dauert diese schwere Last schon neun Jahre, ein Zeitraum, den man früher nicht für möglich gehalten hätte. Not erkennen hilft aber nicht. Man muß sie bekämpfen. Seien Sie überzeugt, daß die Reichsregierung stets ein offenes Ohr für ihre Klagen und Beschwerden hat. Nicht bloß unsere Herzen sind dem Rheinland zugetan, auch mit Hilfsmitteln sind wir bereit, die materiellen Lasten und Schäden, die die Besetzung mit sich bringt, im Rahmen des Möglichen auszugleichen. Sicher hat unsere Hilfsaktion im Rheinland noch volle Zufriedenheit auslösen können. Vieles ist ausgeglichen, aber dabei darf nicht vergessen werden, daß sich das Reich in äußerst schwierigen Finanzverhältnissen befindet. Gewiß ist im Besatzungssystem manches besser geworden als früher. Auch die Herabsetzung der Besatzungsstärke um 10 000 Mann ist eine wünschenswerte Erleichterung, aber es liegt in der Natur der Sache, daß eine solche Herabsetzung an dem Gesamtbestand der Besatzung nicht viel ändern kann, die auf die Gemüter wirkt und viel Lasten und Kosten verursacht und die wirtschaftliche Entfaltung hemmt. Freiheitsdrang und Freiheitsliebe sind bei einem Stamm besonders begreiflich, der den deutschen Staat zuerst gegründet hat. Sie wissen, ich bin ein überzeugter Anhänger der Verständigungspolitik. Diese Politik kann nur dann in den Herzen der Völker guten Eindruck gewinnen, wenn sie getragen ist von der freudigen Zustimmung der Völker, die aber nur aus dem Gefühl hervorgehen kann, daß Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen gelten. Im deutschen Volk, das soviel Unrecht und Unfreiheit zu ertragen hatte und immer noch zu ertragen hat, ist diese Sehnsucht nach der Herrschaft von Freiheit und Gerechtigkeit besonders tief. Möge der Tag der Freiheit uns bald beschieden sein!

Der Reichskanzler vor der Presse des besetzten Gebietes.

w **Koblenz,** 10. Okt. **(Tel.)** Auf dem heute nachmittag beim Reichskommissar für das besetzte Gebiet abgehaltenen Empfang der Presse des besetzten Gebietes hielt Reichskanzler Dr. Marx eine Ansprache, in der er die Bedeutung der engeren Zusammenarbeit zwischen Regierung und Presse im parlamentarischen Staat hervorhob und der Presse der besetzten Gebiete in voller Anerkennung den Dank der Reichsregierung aussprach für die hingebungsvolle Arbeit, die in schwerer Stunde Verleger und Redakteure für das deutsche Vaterland geleistet haben. Es werde in der Geschichte unvergeßlich bleiben, daß im gesamten besetzten Gebiet mit Einschluß der geräumten ersten Zone in der Notzeit des Einbruches an der Ruhr und der Separatistenzeit 340 Blätter im Jahre 1923 für den Schutz des heimatlichen Bodens, für die Einheit des Reiches und für den Frieden der Bürger mit geistigen Waffen ehrenvoll gekämpft haben. Unvergessen werde auch bleiben, daß dieser Kampf den Angehörigen der Presse schwere materielle Opfer und leider vielfach fast nicht mehr wieder gut zu machende persönliche Leiden den Arbeitern an der Großmacht Presse gebracht hat. Die nächste Zukunft, fuhr der Reichskanzler fort, wird uns endlich die längst erwartete Verminderung der Besatzungsstärke bringen. Sie alle kennen die Ziele unserer Politik. Sie kennen aber auch alle die mannigfachen Schwierigkeiten die der Alltag der Verwirklichung entgegenstellt. Wir dürfen dabei immerhin nicht verkennen, daß in dem unmittelbaren Verhandlungen die in den letzten Jahren zwischen uns und den Regierungen der Besatzungsmächte geführt worden sind, der deutsche Standpunkt doch in mancher Hinsicht bemerkenswerte Fortschritte gefunden hat. Sie haben, meine Herren von der Presse, auch weiterhin die schwere Aufgabe in kommenden Zeiten als Führer der öffentlichen Meinung den Willen des einheitlich denkenden Volkes nach reiflicher Prüfung der Einzelfälle zu vertreten und an die Regierung zu bringen. Ich danke Ihnen für die vielen Anregungen, die ich heute aus der Zusammenkunft mit Ihnen gewonnen habe. Sie wissen alle, meine Herren, daß meine Wiege zu Köln a. Rhein stand, und Sie wissen, daß meine Arbeitskraft und mein volles Wirken stets im besonderen Maße diesem Lande gilt, in dem der deutsche Strom zur Einheit mahnt. Sie werden bei mir stets ein aufmerksames Ohr finden für alles, was Sie als bevorzugte Kenner der Empfindungen des Volkes erfahren, was Sie durch die Presse wiederum der Reichsregierung mitteilen. Hoffen wir, daß dieser gemeinsamen Arbeit der Erfolg nicht versagt bleibt."

Reichskanzler Dr. Marx bleibt heute nacht in Koblenz als Gast des Reichskommissars für die besetzten Gebiete und empfängt morgen vormittag eine Abordnung der Saargänger sowie eine Beamtenabordnung aus dem besetzten Gebiet. Dienstag nachmittag zwei Uhr wird der Reichskanzler im Kraftwagen nach Mainz weiterfahren.

Empfangsabend der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Eine Rede Dr. Stresemanns.

w **Berlin,** 10. Okt. **(Tel.)** Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gab einen Empfangsabend, an dem die Reichsminister Dr. Stresemann, Dr Brauns und Dr. Curtius, der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Thomas, Fontaine und Oudegeest vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, der Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Hermann Müller und viele andere Persönlichkeiten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens teilnahmen. In seiner Begrüßungsansprache betonte Geh.-Rat Dr. h. c. Ernst von Borsig, daß im nationalen wie im internationalen Leben alle Verantwortlichen sich um die Förderung der Erkenntnis bemühen müssen, daß es zu aller Nutzen notwendig ist, mehr das Verbindende zu suchen als das Trennende zu unterstreichen, die gemeinsamen Interessen zu erkennen und sich über Gegensätzliches ruhig und sachlich auseinander zu setzen. Dieser Leitgedanke, so schloß der Redner, liegt wie mir scheint, unserer deutschen Außenpolitik zugrunde, die wie wir hoffen, unter der bewährten Führung Dr. Stresemanns sich immer weiter durchsetzen wird.

Nach Geh.-Rat von Borsig dankte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns im Namen des Reichskanzlers und der Reichsregierung für die Begrüßungsworte. Er gab ebenfalls im Namen der Reichsregierung seiner Freude darüber Ausdruck, daß das deutsche Unternehmertum von Anbeginn an bereitwilligst an der Organisation des internationalen Arbeitsamtes mitgewirkt hat. Die Reichsregierung, so fuhr der Minister fort, begrüßt das programmatische Bekenntnis der Arbeitgebervereinigung, daß das Endziel aller Arbeit der Friede mit der Arbeitnehmerschaft sein muß. Das ist der beste Weg zum Wiederaufbau Deutschlands aber auch zum großen kulturellen Fortschritt unter den Nationen überhaupt.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes, Fontaine, betonte, daß der wirtschaftliche und soziale Friede nicht ohne harte Arbeit zu erringen sei. Der Redner wandte sich dann zu Dr. Stresemann und erklärte, Dr. Stresemann, dem die Welt ein loyales und fortgesetztes Bemühen zugunsten des Frieden bescheinige, und dessen Arbeit sie hoch schätze, wisse, wie nötig wissenschaftliche Methoden seien, um mit Sicherheit den Erfolg zu erreichen. Das gelte besonders für die Erzielung des sozialen Friedens. Diese methodische Arbeit finde in Berlin die besten Verbilder, denn kaum irgendwo sei der Fortschritt, ob langsam oder schnell, so kontinuierlich; deshalb könne Deutschland Europa als Vorbild dienen.

Hierauf nahm Reichsminister Dr. Stresemann das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführte: In allen Ländern und Völkern zuckt noch die Erschütterung nach, die im Gefolge des Krieges die Umwärzung der geistigen und sozialen Verhältnisse mit sich gebracht hat. Der Weltkrieg wird viel zu viel gewertet nach Schlachten und militärischen Gesichtspunkten, statt nach den geistigen Umwandlungen und Umwälzungen. Wer die Weltwirtschaftskonferenz der Ausdruck des Suchens nach einer Verständigung der Wirtschaft, so ist das Suchen nach dem sozialen Frieden die notwendige Ergänzung dazu. Dabei bedeutet der Geist mehr als die Paragraphen, die Freiwilligkeit mehr als der Zwang. Daß Deutschland jeden Weg gehen wird, der zum sozialen Frieden führt, ergibt sich aus seiner eigenen Lage als großes Industrieland und aus der Notwendigkeit, Frieden unter seinen Volksschichten zu halten. Daß es alles tun wird für den Ausgleich zwischen den Arbeitsbedingungen der einzelnen Völker, ergibt sich aus seiner Stellung als Exportindustrieland, die erheischt, daß unter gleicher Sonne und gleichem Schatten die Wirtschaft der Völker sich vollzieht. Die Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes sind Bestrebungen, die auch einmünden in die großen Grundlinien der deutschen auswärtigen Politik. Sie sind gegeben durch den Gedanken der Verständigung, des Miteinanderarbeiten und des Kampfes für die friedliche Entwicklung aller Völker. Seit Jahren hat die deutsche auswärtige Politik nur diesem Ziele gedient. Wer das bezweifelt, der verkennt die Kräfte des Verstandes und des Gemütes die sich im deutschen Volke für diese Friedenspolitik einsetzen. Reichspräsident von Hindenburg ist für uns die Verkörperung dessen wie man in Pflichterfüllung über die Grenze des bibilischen Alters hinaus sich jenen seelischen Ausgleich erringt, der die Voraussetzung ist für die Verwirklichung der großen Idee der friedlichen Verständigung. Der Minister gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß die bewegten Zeiten unter drei Gesichtspunkten stehen mögen: Ehrliche Verständigung aller Arbeitsschaffenden, Ausgleich der Wettbewerbsverhältnisse unter den Völkern und durch sozialen Frieden die Basis zu schaffen für Frieden und Verständigung unter den Völkern.

Dr. Stegerwald über innerpolitische Probleme.

tu **Paderborn,** 10. Okt. Heute abend acht Uhr fand in Paderborn eine große öffentliche Zentrumsversammlung statt. Auf ihr sprach Reichstagsabgeordneter Dr Stegerwald über Fragen der Wirtschaft und Sozialpolitik. Der Redner trat dafür ein, daß durch intensive Wirtschaft die deutsche Ausfuhr wesentlich erhöht werde Im Interesse des Abbaues der europäischen Zollschranken müsse auch Deutschland eine Reihe von Industriezöllen ermäßigen Bei der Steuersenkung käme nur eine Senkung der Realsteuern in Frage. Zur Beamtenbesoldungsreform bemerkte der Redner, daß kein Land der Welt eine so starke Beamtenschaft aufzuweisen habe wie gerade Deutschland. Der heutige gewaltige Beamtenapparat hänge aber noch mit dem alten Obrigkeitsstaat zusammen. Für den demokratischen Staat sei ein solcher Beamtenapparat geradezu sinnwidrig und gefährlich. Die große Gefahr bestehe, daß ein so großes Beamtenheer von den Parteien gegeneinander ausgespielt werden könne. Das Ziel demokratischer Politik müsse ein kleiner Beamtenstaat sein. Die hohen Ausgaben des Staates ständen im starken Widerspruch zu den ständigen Beteuerungen, daß die Daweslasten für Deutschland nicht tragbar seien. Mit Ersparnissen bei den Gehaltserhöhungen hätte man die Realsteuern senken und für die Inflationsgeschädigten Erleichterungen schaffen können. Im Verhältnis zu den Beamtengehältern werde die Arbeitsleistung des Arbeiters völlig unterbewertet. Ueber die Sozialpolitik herrsche in Deutschland noch völlige Verwirrung. Wenn für 20 Millionen Arbeiter und Angestellte jährlich drei Milliarden Mark an Soziallasten aufgebracht werden sollten, müßten sich die Arbeiter die Hälfte ihres Lohnes abziehen lassen. Damit werde aber der Wille zur Arbeit automatisch getötet. Zum Schluß erklärte Dr. Stegerwald, daß die Zentrumspolitik für eine starke politische Mitte Sorge tragen müsse, damit sich die Sozialpolitik ruhig und organisch entwickeln könne.

Bayern fordert Abänderung des Finanzausgleichs.

‡ **München,** 10. Okt. In der heutigen ersten Vollsitzung des bayerischen Landtages nach den Ferien wurde die unbefriedigende finanzielle Lage zwischen dem Reiche und den Ländern zum Gegenstand einer Kundgebung gemacht.

Landtagspräsident Dr. Königsbäuer erklärte, eine Subventionierung der Länder von Fall zu Fall nach Kostgängerart sei auf die Dauer untragbar. Unter solchen Umständen könne keine Länderregierung ihren Haushalt aufstellen Entweder seien Reichstag und Reichsregierung davon überzeugt, daß die Länder mit staatlicher Hoheit, eigener Volksvertretung und eigenem Haushalt weiter bestehen oder nicht. Im anderen Falle hätten die Landesparlamente nicht die Möglichkeit, den berechtigten Ansprüchen der Bevölkerung gerecht zu werden.

Dann ergriff der Finanzminister Dr. Schmelzle das Wort zu einer großangelegten Rede über die bayerische Finanzlage. Er betonte dabei, daß die Besoldungsreform für Bayern eine ungefähre jährliche Belastung von 58 Millionen Mark mit sich bringe, wozu noch der Mehrbedarf für die Gemeinden komme. Dabei ergebe sich im bayerischen Staatshaushalt schon im Jahre 1927 ein Fehlbetrag von rund 85 Millionen. Neue Steuern könnten ebensowenig in Aussicht genommen werden wie eine Erhöhung der bestehenden Landessteuern. Die Deckung sei nur dadurch möglich, daß das Reich dem Lande und den Gemeinden neue Einnahmen eröffne.

Die bayerische Regierung habe daher im Reichsrat den Antrag gestellt, den Finanzausgleich dahin abzuändern, daß der Anteil der Länder an Einkommen- und Körperschaftssteuer von 75 Prozent auf 80 Prozent erhöht und der sogenannte Entbehrungsfaktor zu § 35 von 20 auf 10 Prozent herabgesetzt werde. Der Minister bezeichnete die Erfüllung der bayerischen Forderungen als eine moralische und rechtliche Verpflichtung des Reiches. Die Frage habe mit Unitarismus und Föderalismus gar nichts zu tun. Würden die Länder heute zu bestehen aufhören, so würde sich an der Notwendigkeit, das Steueraufkommen auf die einzelnen Reichsgebiete zu verteilen, nichts ändern. Der Finanzminister kam zu dem Schluß, daß es keinen anderen Ausweg gebe als eine Aenderung des Finanzausgleiches.

Die Bank of America und der Dawesplan.

w **Newyork,** 8. Okt. Die Bank of America behandelt in ihrer wirtschaftlichen Monatsschau ausführlich die Reparationsfrage. Es wird u. a. hervorgehoben, Deutschlands Einnahmequellen genügten zwar, um den Maximal-Verpflichtungen aus dem Dawesplan nachzukommen, so daß das bevorstehende erste kritische Jahr sicherlich überstanden werden würde. Die Bank glaubt jedoch, daß die gebesserten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen Deutschlands zu den früheren Gegnern darauf hindeuten, daß der Reparationsplan in nicht allzu ferner Zukunft endgültig geregelt werden wird. In ständig wachsendem Maße erkenne die öffentliche Meinung selbst in den alliierten Ländern, daß die Summe Deutschlands Zahlungsfähigkeit übersteige. Die Zeit müsse schließlich kommen, die die Neufestsetzung des Gesamtzahlungsbetrages bringt. Es habe den Anschein, daß je eher diese Neuregelung erfolgt, desto schneller die Erholung Europas vonstatten gehe, da dieser Schritt den größten Unsicherheitsfaktor in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Ländern aus der Welt schaffen werde.

Polen und Litauen.

Wilna sieben Jahre polnisch. Die Gedenkfeiern am Sonntag.

‡ **Wilna,** 9. Okt. **(Tel.)** Die heutigen Feierlichkeiten anläßlich des Gedenktages der vor sieben Jahren erfolgten Besetzung des Wilnagebietes durch die Polen, sind bisher ohne Zwischenfall verlaufen. In den ersten Nachmittagsstunden traf Marschall Pilsudski in Begleitung mehrerer Minister auf dem hiesigen Bahnhof ein, wo zu seinem Empfang mehrere Regimenter sowie die Militärverbände Aufstellung genommen hatten. Um die Mittagsstunde nahm dann, nach einer Messe in der Kathedrale, General Zeligowski eine große Parade sämtlicher im Wilnagebiet stationierten Truppen ab. Marschall Pilsudski selbst wohnte der Parade nicht bei.

Um 1 Uhr fand sodann im Stadtsaale eine außerordentlich stark besuchte Protestversammlung sämtlicher polnischer Parteien und Verbände, mit Ausnahme der Sozialisten, gegen die antipolnischen Maßnahmen der litauischen Regierung statt. Von der Regierung und den Behörden nahm niemand an dieser Versammlung teil. In einer Resolution wurde verlangt, daß die polnische Regierung auf die litauische Regierung einen Druck ausüben solle, da Polen von dorther provoziert worden sei. Die litauische, weißrussische und jüdische Bevölkerung hielt sich von den Feiern fern. Die Stadt Wilna hat, wohl teilweise mit behördlicher Unterstützung, in den polnischen Farben geflaggt.

Am Nachmittag fand eine Konferenz sämtlicher in Wilna anwesenden Minister unter dem Vorsitz Pilsudskis über die Frage der polnischen Minderheiten in Litauen statt, der sich eine weitere Besprechung unter Hinzuziehung der Wilnaer Gerichts- und Schulbehörden, der politischen und staatlichen Polizei, sowie des Kommandanten der Grenzpolizei, anschloß.

Protestkundgebung in Wilna.

w **Wilna,** 9. Okt. Heute nachmittag fand hier die angekündigte Protestkundgebung der dortigen polnischen bürgerlichen Parteien gegen die Bedrückung des polnischen Schulwesens durch Litauen statt. Nach einer Reihe von Reden wurde eine Resolution gefaßt, in der nach ausdrücklicher Unterscheidung zwischen dem litauischen Volke, gegen das keine Feindschaft bestehe, und dem es gegenwärtig beherrschenden Machthabern,

die Wiederherstellung der polnischen Schulen in Litauen gefordert, gleichzeitig aber betont wird, daß keinesfalls die Absicht bestünde, das Blut des litauischen Volkes zu vergießen, noch seine Unabhängigkeit anzutasten. Endlich wird Verwahrung eingelegt gegen die angeblich litauische Absicht, in die Verfassung die Bestimmung aufzunehmen, daß Wilna die Hauptstadt Litauens sei.

Murjer Warschawski meldet von der litauischen Grenze, daß Freitag den 7. ds. Mts. in Litauen die Mobilisierung der litauischen Freischärler (Schaulis) begonnen hat. Die sich meldenden Mitglieder erhielten Waffen, die an die polnische Grenze entsandt werden, wo sie die Grenzwache in ihrem Dienste unterstützen.

Wie sich die polnische Ostagentur aus Kowno melden läßt, wird in Litauen an der polnischen Grenze in mehreren tausend Exemplaren ein von einer Reihe militärischer und patriotischer litauischer Verbände unterzeichnete Flugschrift, die den Namen „Zur Tat" trägt, verteilt. In dieser Flugschrift werde zum Kampfe gegen Polen und zur Eroberung der jahrhundertealten litauischen Hauptstadt Wilna aufgefordert.

Das Ergebnis der Besprechung zwischen Briand und Zaleski.

‡ **Paris**, 9. Okt. Obgleich über den Inhalt der gestrigen einstündigen Unterredung zwischen dem französischen und dem polnischen Außenminister keine offizielle Mitteilung gemacht wurde, meldet die Morgenpresse übereinstimmend, daß sich die beiden Staatsmänner vorwiegend über das Verhältnis der Westmächte zu Rußland unterhalten haben. Angesichts der engen Beziehungen zwischen Rußland und Polen würde natürlich eine Zuspitzung des französisch-russischen Konfliktes nicht ohne unmittelbare Rückwirkungen auf Polen bleiben können. Die Wendung, die der Zwischenfall Rakowski genommen hat, hat demgemäß in Warschau einige Unruhe ausgelöst. Es ist deshalb anzunehmen, daß Briand dem polnischen Außenminister beruhigende Zusicherung dahin machte, daß Frankreich von sich aus nicht an einen Bruch der diplomatischen Beziehungen mit Moskau denke. Briand soll insbesondere auch dargetan haben, wie der Quai d'Orsay die von Rußland vorgeschlagenen Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt zu führen gedenke. Frankreich dürfte sich hierbei auf den Standpunkt stellen, daß ein etwaiger französisch-russischer Vertrag weder das französisch-polnische Bündnis, noch Artikel 16 des Völkerbundspaktes beeinträchtigen darf. Zaleski soll dann seinerseits den französischen Außenminister über die Verhandlungen zum Abschluß eines polnisch-russischen Nichtangriffspaktes unterrichtet haben. Außerdem soll natürlich auch die Rede von dem polnisch-litauischen Konflikt gewesen sein.

Nur das „Journal" glaubt zu wissen, daß die Unterhaltung der beiden Außenminister sich auch auf die sogenannte deutsche Frage erstreckte, was aber um so unwahrscheinlicher ist, als erst am Freitag der englische Außenminister Chamberlain in seinen Erklärungen vor der Presse besonders hervorhob, daß Polen durch den Locarno-Vertrag gegen jeden etwaigen Angriff Deutschlands gesichert sei.

Zaleski hat Paris am Sonntag abend wieder verlassen.

Eine neue russische Antwort an Frankreich.

Rakowski abberufen?

tu **Kowno**, 9. Okt. Wie aus Moskau gemeldet wird, wird heute abend ein neues Communiqué der Sowjetregierung über die russisch-französischen Beziehungen herausgegeben werden, in dem die Sowjetregierung erklären wird, daß die russisch-französischen Beziehungen trotz der Forderung Frankreichs auf Abberufung Rakowskis keine Unterbrechung erfahren werden. In dem Communiqué, so heißt es, werde die Sowjetregierung erklären, daß sie bereit sei, der Forderung Frankreichs auf Abberufung Rakowskis nachzukommen. Die Sowjetregierung werde aber betonen, daß die Arbeit Rakowskis in Paris immer das Vertrauen der Sowjetregierung genossen habe und daß Rakowski trotz dieser Affäre als russischer Diplomat sich weiter an der russischen Außenpolitik beteiligen werde.

Die Sowjetregierung wird wahrscheinlich heute die neue Antwort an Paris durch Botschafter Herbette übergeben. Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß Rakowski Mittwoch oder spätestens Donnerstag Paris verlassen wird, um sich nach Moskau zu begeben.

Heute abend, so heißt es, wird der Vorsitzende des Vollzugskomitees der Sowjetunion, Kalinin, das Dekret über den Rücktritt Rakowskis unterzeichnen. Eine offizielle Bestätigung dieser Meldung seitens amtlicher Kreise der Sowjetunion liegt bis jetzt noch nicht vor.

Amerika und die mexikanischen Wirren.

‡ **Newyork**, 9. Okt. Wie der amtliche amerikanische Funkspruch berichtet, hat die amerikanische Regierung den Transport von Waffen über die mexikanisch-amerikanische Grenze verboten. Es verlautet in Washington, daß die amerikanische Regierung entschlossen sei, in der mexikanischen Frage strikte Neutralität zu wahren. Alle amerikanischen Behörden an der mexikanischen Grenze haben Befehl erhalten, verdächtige Individuen oder Waffentransporte anzuhalten, da Berichte eingetroffen seien, daß nach Amerika geflüchtete Mexikaner beabsichtigen, den Aufständischen Waffen und Munition zu senden.

Die Hinrichtung des General Quijano.

w **Newyork**, 8. Okt. Ueber die Hinrichtung des mexikanischen Generals Quijano wird gemeldet: Im Militärgefängnis von San Lazaro wurde vorgestern vormittag 11 Uhr General Quijano an den parademäßig aufgestellten Garnisontruppen vorbei zur Hinrichtung geführt. Eine große Zuschauermenge, darunter viele Frauen, drängte sich auf den Galerien des Gefängnisses, und auch der Hof war mit Ausnahme des Hinrichtungsplatzes mit Menschen dicht besetzt. Eis- und Süßigkeitenverkäufer bewegten sich durch die Menge und priesen ihre Ware an. Als Quijano inmitten der Wachen den Hof betrat, winkte er lächelnd seinen Freunden und rief einigen ihm bekannten amerikanischen Zeitungsberichterstattern, die auf einem Pferdetrog standen, auf englisch zu: „Lebt wohl!" Als sich die zur Vollziehung der Todesstrafe kommandierten Soldaten aufstellten, bat Quijano sie zweimal höflich, näher zu treten. Er wurde gefragt, ob er sich seine Augen verbinden lassen wolle, Quijano lehnte es jedoch ab. „Bueno!" sagte der das Kommando führende Offizier und trat zurück. Quijano winkte hierauf dreimal mit dem Degen und die Soldaten feuerten. Der General fiel mit mehreren Wunden in der Brust zu Boden, er war noch am Leben, aber bewußtlos; ein Sergeant gab ihm mit seinem Gewehr, dessen Mündung er an den Kopf Quijanos hielt, den Todesschuß. Die Soldaten marschierten nun mit Militärmusik an dem Erschossenen vorüber, dessen mutiges Verhalten allgemeine Bewunderung erregt hatte.

Das Büro des mexikanischen Präsidenten teilt die Verhaftung des früheren Direktors des Blattes „El Universal", Palavicini, wegen Teilnahme am Aufstande mit.

Der amerikanische Direktor eines Bergwerks in Rosa Morada in Nayarit-Gebirge (Mexiko) ist von einem Banditen gefangengenommen worden, der 5000 Pesos für seine Freilassung fordert.

„Times" berichtet aus Newyork: Die mexikanische Revolution breitet sich anscheinend rasch aus. Sie hat sich jetzt auf 13 Staaten ausgedehnt.

Unerhörte Anschuldigungen gegen Zentrumsabgeordnete.

s **Berlin**, 10. Okt. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Ein Montagsblatt veröffentlicht Mitteilungen über angebliche Vermittlung von Buchmacherkonzessionen durch zwei preußische Zentrumsabgeordnete. Die preußische Landtagsfraktion des Zentrums, die erst morgen zusammentritt, wird eine eingehende Untersuchung einleiten. Das Ergebnis wird unverzüglich der Öffentlichkeit mitgeteilt.

Zu dieser Angelegenheit erfahren wir von unterrichteter Seite folgendes: „Der durch seine fast an Revolverjournalismus grenzende Sensationsgier nicht sehr vorteilhaft bekannte „Montag-Morgen" bringt unter der Überschrift „Abgeordnete besorgen Buchmacherposten" einen Alarmartikel, der nach Form und Inhalt nur als Waschweiberklatsch schlimmster Sorte bezeichnet werden muß. Auf Grund eines Antrages, der im preußischen Landtag noch zur Verhandlung steht, haben sich Interessentenkreise an den Antragsteller Abg. Teitscheid gewandt. Dieser hat seinerseits in Verfolg der Tendenz seines Antrages sich bemüht, den Inhabern von Buchmacherkonzessionen, die dadurch, daß sie bis zu 6 Nebenstellen unterhielten, 80 000 und mehr Mark Einkommen haben, diese Riesenbezüge zu beschneiden, indem bewährten Gehilfen selbständige mittlere Betriebe staatlicherseits überlassen werden sollen. Diese Tendenz des Antrages hat selbstredend die bisherigen „glücklichen Besitzer" solcher gutfundierter Wettannahmen auf den Plan gerufen. Der „Montag-Morgen" hätte allen Grund gehabt, die sozialen Gesichtspunkte des Antrages anzuerkennen. Staat dessen macht er sich zum Hüter „kapitalischer" Tendenzen des Buchmacherverbandes. Man höre und staune: Der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ernst ist wohl bezahlter und wohl bestellter Interessenvertreter der Buchmacherorganisation. Als solcher fühlt er sich bemüßigt, die sozialen Ziele des in Betracht kommenden Antrages zu sabotieren und hat den „Montag-Morgen" auf das Glatteis geführt, indem dieser mit nichtssagendem Klatsch und Tratsch Zentrumsabgeordnete angreift.

Was der Abg. Blank mit der ganzen Sache zu tun hat, dürfte wohl auch dem eifrigsten und findigsten Leser des „Montag-Morgen"-Artikels unergründlich sein. Wie uns auf Anfrage mitgeteilt wird, hat Abg. Blank lediglich als einer der wenigen in Berlin während der Parlamentsferien anwesenden Parlamentarier Auskunft erteilt, was aller am „Montag-Morgen" bzw. seinen Hintermännern schon genügt, um ihn in den schlecht aufgezogenen Tendenzartikel zu verwickeln.

Abg. Teitscheid, der bereits seit Wochen mit Androhungen eines öffentlichen Skandals bedacht wurde, um ihn zur Zurückziehung seines Antrages zu bewegen, wird im Plenum des Landtages Gelegenheit nehmen, die gehässigen Angriffe zurückzuweisen. Der „Montagmorgen" verteidigt in einer anderen Rubrik der gleichen Nummer politische Freunde unter der Spitzmarke „Muß man sich alles gefallen lassen?" Die beiden genannten Zentrumsabgeordneten hätten wahrlich allen Grund, unter demselben Stichwort die Verdächtigungen des „Montag-Morgen" wegen Gefährdung ihres guten Namens der Staatsanwaltschaft zu unterbreiten.

Aus aller Welt.

Bevorstehende Verlobung des bulgarischen Königs?

‡ **Mailand**, 9. Okt. Wie der römische „Imperio" berichtet, soll sich der bulgarische König Boris nach offiziösen Mitteilungen mit der zweitjüngsten Tochter des italienischen Königspaares, der Prinzessin Giovanna von Savoyen, verloben. Die Prinzessin wird im nächsten Monat 20 Jahre alt.

Der amerikanisch-französische Zollstreit.

w **Newyork**, 10. Okt. **(Tel.)** Eine neue amerikanische Note über die Zollsätze ist der Pariser Botschaft geschickt worden und wird von dieser heute abend oder morgen früh dem französischen Außenministerium ausgehändigt werden.

Der türkisch-persische Konflikt beigelegt?

+ **London**, 10. Okt. **(Tel.)** Nach Meldungen aus Konstantinopel verlautet dort, daß die türkischen Offiziere sowie ein Teil der Mannschaften, die kürzlich von persischen Banden gefangen genommen worden waren, bereits in Freiheit gesetzt worden sind. Der frühere persische Kriegsminister wird in Konstantinopel erwartet um, wie man annimmt, die zwischen beiden Ländern bestehenden Streitfragen mit der türkischen Regierung zu besprechen.

Kurze Nachrichten.

Sir Austen Chamberlain ist wieder in London eingetroffen.

Der Leiter der Hindenburgspende, Ministerialrat Dr. Karstadt, hat wegen der in der Roten Fahne am 5. und 6. Oktober dieses Jahres unter den Überschriften „Hindenburgspende nur für Offiziere" und „Der Schwindel der Hindenburgspende" veröffentlichten Notizen Strafantrag gegen den Schriftleiter der „Roten Fahne" beim Oberstaatsanwalt des Oberlandesgerichts I gestellt.

Handel und Volkswirtschaft.

Europas größtes Versicherungsunternehmen

Zusammenschluß von neun deutschen Versicherungsgesellschaften.

Wohl kaum ein anderer Zweig der Wirtschaft hatte unter der Inflation so zu leiden gehabt, wie das Versicherungsgewerbe. Nichts ist auch verständlicher, denn bei den Versicherungsgesellschaften spielt das Geld in allen seinen Funktionen als Anlage, als Zahlungsmittel und als Wertmesser eine überragende Rolle. So wurden denn Versicherte und Versicherer durch die katastrophale Geldentwertung vernichtend getroffen, und am Ende der Inflation im Jahre 1923 war nur ein Trümmerhaufen übrig geblieben. Das Versicherungsgeschäft mußte von Grund auf neu aufgebaut werden. Selbst die größten deutschen Versicherungskonzerne litten an einem Kapitalmangel, der ihre Aktionsfähigkeit lähmte. Dazu kommt, daß weite Kreise des deutschen Volkes durch die trüben Erfahrungen der Inflationszeit mißtrauisch gemacht, nur unter großen Hemmungen bereit waren, neue Versicherungsverträge einzugehen. Die schwierige Lage des deutschen Versicherungsgewerbes wurde noch dadurch verstärkt, daß während der Inflationszeit und noch kurze Zeit danach Versicherungsunternehmen wie Pilze aus der Erde schossen. So grotesk es klingen mag, am Ende der Inflation gab es in Deutschland ca. 100 Prozent mehr Versicherungsgesellschaften als im letzten Friedensjahre 1913. Die meisten Neugründungen fanden auf dem Gebiete der Rückversicherung und der Transportversicherung statt, begreiflicherweise, da diese Versicherungszweige nicht der staatlichen Aufsicht unterliegen. Bei dem großen Massensterben in der Deflationskrise verschwanden aber die meisten dieser unfähigen Gebilde sehr rasch von der Bildfläche. Und doch gibt es auch jetzt noch mehr Versicherungsgesellschaften als vor dem Kriege, (ca. 330 gegen 270 im Jahre 1913), wodurch zum großen Teile der schwere Wettbewerb innerhalb des Versicherungsgewerbes seine Erklärung findet.

Rationalisierung war auch beim Versicherungsgewerbe die Losung des Tages. Rationalisierung im Innern und Rationalisierung nach außen durch großzügige Zusammenschlußbewegungen. Als letztes Glied dieser Konzentrationsbewegung reiht sich nun die Fusion von neun Versicherungsgesellschaften unter Führung der Allianz-Versicherungs-A.-G. in Berlin und des Stuttgarter Versicherungskonzerns unter Änderung der Firma in Allianz- und Stuttgarter Verein Versicherungs-A.-G. Durch diesen Zusammenschluß entsteht ein Versicherungstrust von gewaltiger Größe, der in Europa nicht seinesgleichen hat und der auch im internationalen Versicherungsgeschäft eine führende Rolle einnehmen wird. Das Aktienkapital wird 60 Millionen betragen, die Prämieneinnahmen rund 1 Milliarde, die neuen Gesellschaften zusammengenommen, eine viertel Milliarde übersteigen. Außer den beiden führenden Gesellschaften werden in den Trust einbezogen die Stuttgart-Lübecker-Versicherungs-A.-G., die Stuttgarter Lebensversicherungsbank A.-G., die Bayrische Lebens- und Unfallversicherungsbank A.-G. und die Brandenburger Spiegelglas-Versicherungs-A.-G., alles Gesellschaften, die schon bisher im engsten Konnexe zueinander gestanden haben. Auch nach der Fusion wird die äußere Selbständigkeit der einzelnen Gesellschaften bestehen bleiben und besonders die bayrischen Interessen erfahren eine regionale Abgrenzung. Der Zusammenschluß wird also nach außen nur in der Änderung der Firmierung in Erscheinung treten.

Die Trust-Bildung erfolgte nach der ausdrücklichen Erklärung im Verwaltungskommuniqué durchaus freiwillig, und ist also nicht hervorgerufen worden durch eine etwaige Notlage. Der alleinige Zweck des Zusammenschlusses ist die Erreichung der Vorteile eines geeigneten Großunternehmens, der Vorteile, die sich aus der Stärkung der finanziellen Stoßkraft ergeben und der Vorteile, die eine weitgehende Rationalisierung im Innern mit sich bringt. Da der Konzern nach der Trustbildung so ziemlich alle Versicherungsarten in sich vereinigt, kann eine weitgehende Spezialisierung durchgeführt werden. Jede der Trust-Gesellschaften kann ihr besonderes Spezialgebiet pflegen und ausbauen. In diesem Zusammenhange muß auch das Problem der Einheits-Versicherung Erwähnung finden, die aus Gründen der Rationalisierung allmählich immer mehr Eingang findet. Die Einheitsversicherung, unter der die Vereinigung von mehreren oder allen Versicherungsarten, die für den Versicherten in Frage kommen, in einer Police verstanden wird, bringt für beide Vertragspartner Vorteile. Durch einen Gesamtabschluß vereinfachen sich die Vertragsverhandlungen, ermäßigen sich die Vermittlungsgebühren, konzentrieren sich die Prämienzahlungen in einem Zeitpunkt, und für den Versicherer ergibt sich eine Erhöhung des Umsatzes, da vielleicht manche Versicherungsarten, die nun in die Einheitspolice fallen, von einer Konkurrenzfirma abgeschlossen worden waren. Es ist von vornherein einleuchtend, daß ein Versicherungstrust, der beinahe geschlossen alle Versicherungszweige pflegt, für das System der Einheitsversicherung, dem die Zukunft gehört, besonders geeignet ist.

Auch für die Wiedereroberung des Auslandsmarktes für das deutsche Versicherungswesen kann diese Trustbildung von entsprechender Bedeutung sein. Vor dem Kriege war Deutschland besonders auf dem Gebiete der Rückversicherung führend, und die Einnahmen, die im Bunde mit der Transportversicherung flossen, bildeten ein erhebliches Aktivum der Zahlungsbilanz. Erst ganz langsam gelingt es den deutschen Versicherungsgesellschaften wieder, diesen Markt zurückzugewinnen. Die Konzernbildung ist hierbei der wichtigste Schrittmacher, und es ist zu hoffen, daß das Tempo des Wiederaufbaues des deutschen Auslands-Versicherungsgeschäftes durch die neue Trustbildung beschleunigt wird.

‡

Die 20-Millionen-Dollar-Anleihe der Commerz- und Privat-Bank perfekt.

tu **Berlin**, 10. Okt. **(Tel.)** In Bestätigung früherer Ankündigungen geht dem „Deutschen Handelsdienst" von der Commerz- und Privatbank folgende kurze Mitteilung über die Anleihe-Transaktion zu: „Die Commerz- und Privatbank-A.-G. hat mit der Chase National-banc of the City of Newyork, Newyork, ein Darlehen von zwanzig Millionen Dollar auf zehn Jahre fest abgeschlossen, wogegen in Newyork fünfeinhalbprozentige Noten zur Emission gelangen werden. Die Anleihe wird in den nächsten Tagen durch eine Gruppe unter Führung der Chase Securities Corporation Newyork, Blair u. Co. in Newyork und Halsey Stuart u. Co. Newyork zur Zeichnung aufgelegt werden."

Essener Kurenbörse.

tu **Essen**, 10. Okt. **(Tel.)** Der Terminmarkt an der heutigen Essener Börse eröffnete bei stillem Geschäft. Auch der weitere Verlauf am Terminmarkt war zurückhaltend, die Umsatztätigkeit klein. Auch die Tendenz am Kurenmarkt war heute wieder still und die Umsatztätigkeit weiter ruhig. Graf Schwerin wurde um 200 Mark höher aus dem Markt genommen. Sonst waren noch Langenbrahm um ebenso viel höher gefragt. Von Steinkohlenaktien wurden Lothringen Bergbau bei etwa letzten Preisen aus dem Markt genommen. Die übrigen wenigen Umsätze kamen auf leicht ermäßigter Preisgrundlage zustande. Am Braunkohlenmarkt wurden nur Bellerhammer etwa 60 Mark niedriger gehandelt. Auch am Kalimarkt war das Geschäft weiter klein, doch waren die Kursverschiebungen hier nur gering und gingen in keinem Falle über 100 Mark hinaus. Von Kaliaktien wurden Kali-Industrie plus 4 Prozent, Niedersachsen zu unveränderten Kursen aus dem Markt genommen. Allgemeine Industrieaktien waren weiter ruhig. Einiges Geschäft entwickelte sich in Kabel Rheydt bei um eine Kleinigkeit abgeschwächtem Kurse.

Ausländische Wechselkurse.

tu **Zürich**, 10. Okt. **(Tel.)** Berlin 123,67½; Wien 73,17½; Prag 15,37; Holland 208,05; Newyork 5,1852½; London 25,25¾; Paris 20,36½; Italien 28,35; Brüssel 72,23½; Kopenhagen 139,00; Stockholm 139,65; Oslo 136,90; Madrid 90,62½.

tu **Amsterdam**, 10. Okt. **(Tel.)** London 12,13⅞; Berlin 59,44½; Paris 9,78⅝; Schweiz 48,06½; Wien 35,15; Kopenhagen 66,79; Stockholm 67,10; Oslo 65,80; Newyork 2,49¼; Brüssel 34,72¾; Madrid 43,59; Italien 13,62.

Metallnotierungen.

tu **Berlin**, 10. Okt. **(Tel.)** Gold 2,82; Silber 0,075; Platin 8.—.

tu **Berlin**, 10. Okt. **(Tel.)** Kupfer: Oktober Geld 111, Brief 111,75; November bez. 111,5, Geld 111,25, Brief 111,25; Dezember bez. 112, Geld 111,75, Brief 111,75; Januar bez. 112, Geld 112, Brief 112; Februar Geld 112,25, Brief 112,25; März Geld 112,5, Brief 112,5; April Geld 112,75, Brief 112,75; Mai Geld 113, Brief 113; Juni bez. 113,25, Geld 113,25, Brief 113,25; Juli Geld 113,5, Brief 113,5; August bez. 113,5, Geld 113,75, Brief 113,75; September bez. 114, Geld 114, Brief 114. Tendenz: fest. Blei: Oktober Geld 41,25, Brief 41,75; November Geld 41,25, Brief 41,5; Dezember bez. 42, Geld 42, Brief 42,25; Januar Geld 42,25, Brief 42,5; Februar Geld 42,25, Brief 42,75; März Geld 42,5, Brief 42,75; April Geld 42,5, Brief 42,75; Mai Geld 42,5, Brief 42,75; Juni Geld 42,75, Brief 43; Juli bez. 43, Geld 43, Brief 43,25; August Geld 43, Brief 43,25; September bez. 43,5, Geld 43,25, Brief 43,5. Tendenz: befestigt. Zink: Oktober Geld 53,75, Brief 53,75; November Geld 53,75, Brief 54,5; Dezember Geld 53,75, Brief 54,25; Januar Geld 53,75, Brief 54,25; Februar Geld 53,5, Brief 54; März Geld 53,5, Brief 53,75; April Geld 53,5, Brief 53,75; Mai Geld 53,5, Brief 53,75; Juni Geld 53,5, Brief 53,75; Juli Geld 53,5, Brief 53,75; August Geld 53,5, Brief 53,5; September Geld 53,25, Brief 53,5. Tendenz: ruhig.

tu **Hamburg**, 10. Okt. **(Tel.)** Silber, Brief 78, Geld 77; Zink, Brief 54,5, Geld 53,5. Terminnotierungen. Kupfer: Oktober Brief 112,75, Geld 111,75; November Brief 112,75, Geld 112; Dezember bez. 112,50, Brief 112,75, Geld 112,50; Januar Brief 113, Geld 112,50; Februar bez. 113,25, Brief 113,25, Geld 112,75; März Brief 113,50, Geld 113; April Brief 113,75, Geld 113,25; Mai Brief 114, Geld 113,75; Juni Brief 114,50, Geld 114; Juli Brief 114,50, Geld 114; August bez. 114,50, Brief 114,75, Geld 114,50; September Brief 115,25, Geld 115. Tendenz: steig. Zinn: Oktober Brief 544, Geld 539; November Brief 542, Geld 537; Dezember Brief 539, Geld 535; Januar Brief 537, Geld 534; Februar Brief 536, Geld 533; März Brief 535, Geld 532. Tendenz: stetig.

tu **London**, 10. Okt. **(Tel.)** Schluß: Kupfer Standard per Kasse 54 1/16—54⅛; dito per drei Monate 54 3/16—54⅜; Elektrolytkupfer 62—62,25; Best Selected 60,5—61,75; Zinn Standard per Kasse 266,25—266,5; dito per drei Monate 264⅛—264⅜; Blei per Kasse 20½; dito per drei Monate 20,75; Zink per Kasse 26 13/16; dito per drei Monate 26⅝; Silber per Kasse 25 13/16; dito per drei Monate 25 13/16; Gold —.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Terminpreise.

Chicago	10. 10.	8. 10.		10. 10.	8. 10.
Weizen Mai	137	137	Hafer Mai	51⅝	51⅝
„ Dez.	131½	131⅛	„ Dez.	48¼	48¼
„ März	134⅜	134⅜	„ März	50⅜	50⅜
Mais Mai	93	93¼	Roggen Mai	102¼	101¾
„ Dez.	92⅝	93⅞	„ Dez.	97	97
„ März	95¼	97⅛	„ März	100⅜	100⅜
New-York	10. 10.	8. 10.		10. 10.	8. 10.
Weizen Domestic Sept.	—	—	Weizen Bonded Okt.	144	142¾
Dez.	133¼	133¾	Dez.	138	137½

Locopreise.

Chicago	10 10	8. 10.	New-York	10 10	8. 10
Weizen Rot. Som.Wint. Nr. 2	—	—	Weizen Manitoba Nr. 1	166¾	162¼
Hart. „ „ „ „	130⅜	—	Rot Som.-Wint. Nr. 2	142½	142⅝
Gemischter Nr. 2 „ „	—	—	Hart.	143¼	143⅜
Hart. Som.-Wint. Nr. 3	—	—	Mais, neu ank. „ „ Ernte	101⅝	102¼
Mais, gelb Nr. 2	98½	—	Roggen, Nr. 2 fob. N.Y.	109⅝	109
Hafer, weiß Nr. 2	52½	52¼	Gerste, Malting	92	90
Roggen, Nr. 2	99¼	97	Mehl, Spring wheat (clears)	665—700	665—700
Gerste, Malting	74-85	74-85			

Frachten: Fracht nach England[2]) 2—3,3 | 2—3,6; „ „ Kontinent[3]) 10—12 | 10—12

Anmerkung: [1]) Per 196 lbs. [2]) In Shillings und Pence per 480 lbs. [3]) In Dollarcents per 100 lbs.

Baumwollnotierungen.

tu **Bremen**, 10. Okt. **(Tel.)** Terminschlußkurse: Oktober —; Dezember 22,61—22,71; Januar 22,60—22,62; März 22,68 bis 22,70; Mai 22,78—22,82; Juli 22,65—22,75. Tendenz: abgeschwächt.

tu **Liverpool**, 10. Okt. **(Tel.)** Schlußnotierungen: Oktober 11,11; Dezember 11,13; Januar 11,16; März 11,18; Mai 11,19; Juli 11,09. Tendenz: willig. Umsätze 8000.

tu **Newyork**, 10. Okt. **(Tel.)** Eröffnung: Oktober 20,99; Dezember 21,09—21,17; Januar 21,15—21,18; März 21,14—21,44; Mai 21,56—21,59; Juli 21,50—21,52. Tendenz: abgeschwächt.

tu **Newyork**, 10. Okt. **(Tel.)** Zweites: Oktober 20,65; Dezember 20,81; Januar 20,85; März 21,11; Mai 21,14; Juli 21,23 Tendenz: stetig. Zufuhr 65 000.

tu **Newyork**, 10. Okt. **(Tel.)** Schluß: Oktober 20,32; Dezember 20,55—57; Januar 20,62—64; März 20,86—88; Mai 21,05—09; Juli 20,98. Loko 20,85. Tendenz: stetig.

tu **New Orleans**, 10. Okt. **(Tel.)** Eröffnung: Oktober —; Dezember 21,30; Januar 21,25; März 21,50; Mai 21,60; Juli 21,49. Tendenz: willig.

tu **New Orleans**, 10. Okt. **(Tel.)** Zweites: Oktober —; Dezember 20,94; Januar 20,98; März 21,20; Mai 21,29; Juli —. Tendenz: willig.

tu **New Orleans**, 10. Okt. **(Tel.)** Schluß: Oktober 20,52—56; Dezember 20,62—66; Januar 20,67—70; März 20,93; Mai 21,00 bis 21,01; Juli 20,87. Loko 20,57. Tendenz: stetig.

Viehmärkte.

tu **Elberfeld**, 10. Okt. **(Tel.)** Auftrieb: Großvieh 629, Ochsen 307, Bullen 44, Kühe 162, Färsen 64, Fresser 52, Kälber 400, Schafe 10, Schweine 2865. Marktverlauf: Großvieh langsam, überstand. In guten Schweinen rege, sonst langsam, ausgesuchte Schweine über Notiz. Kälber mittel. Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in RM.: Ochsen a1) 58—62, b1) 52—56, c) 46—50; Bullen a) 53—56, b) 46—52, c) 42—46; Kühe a) 52—54, b) 42—48, c) 31—38, d) 25 bis 30; Färsen a) 58—62, b) 50—56, c) 40—48; Fresser 40—45; Kälber a) —, b) 80—88, c) 72—78, d) 50—65; Schweine a) 76—77, b) 75—77, c) 72—74, d) 72—74, e) 70—72, f) 67—68, g) 62—67.

tu **Düsseldorf**, 10. Okt. **(Tel.)** Auftrieb: Ochsen 98, Bullen 27, Kühe 168, Färsen 44, Fresser 1, Kälber 250, Schafe 3, Schweine 2960. Marktverlauf: Großvieh ruhig. Kälber und Schweine mittelmäßig. Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.: Ochsen a1) 58—62, b1) 52 bis 57, c) 45—50; Bullen a) —, b) 45—50, c) 38—43; Kühe a) 52 bis 58, b) 45—51, c) 37—43, d) 25—35; Färsen a) 57—62, b) 50 bis 55; Kälber a) —, b) 80—88, c) 70—77, d) 52—64; Schweine a) 73 bis 76, b) 73—76, c) 73—77, d) 70—76, e) 65—70, f) 60—65, g) 60—65.

tu **Köln**, 10. Okt. **(Tel.)** Auftrieb: Großvieh 1456, Ochsen 690, Bullen 162, Kühe 525, Färsen 65, Fresser 14, Kälber 937, Schafe 280, Schweine 6711. Marktverlauf: Großvieh anfangs lebhaft, Schafe ruhig, Schweine fette sehr langsam, im übrigen geräumt. Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.: Ochsen a1) 60—63, a2) 54—58, b1) 46—52, b2) 40—46, c) 32—37; Bullen a) 54—57, b) 50—53, c) 44 bis 49; Kühe a) 52—55, b) 45—50, c) 36—42, d) 28—33; Färsen a) 55—60, b) 49—54, c) 40—47; Fresser 42—50; Kälber a) 90—115, b) 84—88, c) 72—82, d) 63—70; Schafe a1) 52—58, b) 42—48, c) 33 bis 40; Schweine a) 75—77, b) 74—77, c) 73—77, d) 70—75, e) 63 bis 70, f) —, g) 60—68.

Handelsnachrichten.

Die amtliche Großhandelsindexziffer. tu Berlin, 8. Okt. Die auf den Stichtag des 5. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes war mit 139,8 gegenüber der Vorwoche 139,9 nahezu unverändert. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer für Agrarstoffe um 0,4 v. H. auf 138,5 (Vorwoche 139,1) nachgegeben, die Indexziffer für Kolonialwaren hat um 0,5 v. H. auf 130,4 (Vorwoche 129,8) angezogen, die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren weist mit 134,1 den gleichen Stand wie in der Vorwoche auf, während diejenige der industriellen Fertigwaren um 0,3 v. H. von 151,4 auf 151,8 gestiegen ist. — Im Monatsdurchschnitt September stellte sich die Gesamtindexziffer auf 139,7; sie hat damit gegenüber dem Vormonat (137,9) um 1,3 v. H. angezogen. Von den Hauptgruppen sind die Indexziffern für Agrarstoffe um 1,5 v. H. auf 138,9 (136,8), für Kolonialwaren um 1,1 v. H. auf 130,2 (128,8), für industrielle Rohstoffe und Halbwaren um 0,8 v. H. auf 134,1 (133,0) und für industrielle Fertigwaren um 1,6 v. H. auf 150,7 (148,3) gestiegen.

Aus der Stadt.

Münster, 11. Oktober.

○ **Theater der Stadt Münster.** Die Theaterkasse und der Verkehrsverein geben wieder die im Vorjahre gern gekauften Blockhefte zu sechs Gutscheinen aus. Der Theaterbesucher sichert sich mit Benutzung dieser Hefte, ohne an einen bestimmten Vorstelltag gebunden zu sein, eine Ermäßigung von 10 Prozent, die bei Abnahme einer größeren Zahl von Heften bis auf 20 Prozent gesteigert wird. Ohne Zweifel wird diese Möglichkeit zum Erwerb billiger Theaterkarten von Behörden und größeren Verbänden stark ausgenutzt werden. Die näheren Bedingungen sind im Anzeigenteil dieser Zeitung zu lesen. — Am Dienstag wird Lortzings komische Oper „Der Waffenschmied" in der Besetzung der Erstaufführung wiederholt. Für Mittwoch steht das Lustspiel „Der dunkle Punkt" von Kadelburg und Presber wieder auf dem Spielplan. Donnerstag wird die Oper „Tiefland" von d'Albert herauskommen. In den Hauptpartien sind beschäftigt: die Damen Rhyn-Stellwagen, Gerstl, Beckmann, Nauen, Diebäcker, sowie die Herren: Dr. Balint, Fresco, Lex, Siemsen und Reiner Minten vom Stadttheater Dortmund als Gast. Die musikalische Leitung der Aufführung hat Gustav Schlemm, die szenische Julius Kiefer.

○ **Volksbüro Münster i. W.**, Adolfstraße 2, Nähe Warendorfer Straße, zwischen Overberg- und Dodostraße: Rechtsberatung und Auskunfterteilung sowie Anfertigung von Verträgen, Testamenten, Gesuchen, Anträgen und anderen schriftlichen Arbeiten. Sprechstunden an Werktagen, vormittags 8½—1½ Uhr; an Sonn- und Feiertagen von 11—12½ Uhr

❑ **Theateraufführung im Kettelerheim.** Am letzten Sonntag fand im renovierten Saale des Kettelerheims, hier, Schillerstraße, eine Theateraufführung des Arbeitervereins statt. Das Stück, das sich der „Schwur" betitelt, fand den lebhaften Beifall des vollbesetzten Hauses. Besondere Erwähnung verdient die Bühneneinrichtung, die von der Firma Josef Bleeker geliefert und deren Modell in den Geschäftsräumen der Firma auf dem Altensteinweg ausgestellt ist. Die vorzügliche technische Einrichtung trug zum Gelingen der Aufführung wesentlich bei. Der Präses Dr. Konermann sprach sich über die Aufführung sehr lobenswert aus und ist eine Wiederholung des Stückes am kommenden Sonntag in Aussicht genommen.

Die Landung der Ballone,

die am Montagmorgen zu einer Gruppenwettfahrt aufgestiegen sind erfolgte wider Erwarten nicht in Holland, denn die Ballone bekamen später eine starke Rechtsdrehung und fanden sich so ziemlich geschlossen in Ostfriesland wieder. Der Ballon „Münster V", der ziemlich in der Mitte lag, landete um 18,30 Uhr 2½ Kilometer südöstlich von Aurich und sah bei seiner Landung noch drei andere Ballone, die etwas näher der Küste zu in der Luft waren. Die Fahrt war bei dem wunderschönen, sonnigen Herbstwetter äußerst genußreich. Sämtliche Ballone konnten sich bis gegen nachmittags 3 Uhr sehen, trotzdem sie sehr weit auseinander lagen. Bis zum Redaktionsschluß gingen uns folgende Landungstelegramme zu:

Ballon „Münster V" (Führer Herr Major Hessing) 18,30 Uhr 2½ Kilometer südöstlich von Aurich gelandet;

Ballon „Münster VII" (Führer Herr Maas) 16 Uhr glatt beim zweiten Deich Friedrich-August-Groden vor Wangeroog gelandet;

Ballon „Hanseat